

## **Unterrichtung**

**durch die Europäische Kommission**

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat  
und die Europäische Zentralbank:

Ein Europäischer Minister für Wirtschaft und Finanzen

COM(2017) 823 final

Der Bundesrat wird über die Vorlage gemäß § 2 EUZBLG auch durch die Bundesregierung unterrichtet.

Hinweis: vgl. Drucksache 444/17 = AE-Nr. 170546



Brüssel, den 6.12.2017  
COM(2017) 823 final

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN  
EUROPÄISCHEN RAT, DEN RAT UND DIE EUROPÄISCHE ZENTRALBANK**

**EIN EUROPÄISCHE MINISTER FÜR WIRTSCHAT UND FINANZEN**



## 1. EINLEITUNG

**In seiner Rede zur Lage der Union des Jahres 2017 und der dazugehörigen Absichtserklärung hat Präsident Juncker über die Möglichkeit gesprochen, das Amt eines Europäischen Ministers für Wirtschaft und Finanzen zu schaffen<sup>1</sup>.**

Seine Worte lauteten: „*Ich plädiere [...] dafür, dass der für Wirtschaft und Finanzen zuständige EU-Kommissar – idealerweise ein Vize-Präsident der Europäischen Kommission – mit dieser Aufgabe betraut und Vorsitzender der Eurogruppe wird.*“ Diese Mitteilung schließt sich an diese Ankündigung an. Sie baut auf den Gesprächen auf, die durch das Reflexionspapier zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion<sup>2</sup> angestoßen wurden, und soll nun die praktischen Möglichkeiten ausloten. Auch die Ideen des Berichts der fünf Präsidenten<sup>3</sup>, Ideen des Europäischen Parlaments<sup>4</sup> und Ideen, die auf dem Euro-Gipfel vom Oktober 2011 geäußert wurden, als die Staats- und Regierungschefs bereits über die Möglichkeit eines Vollzeit-Vorsitzenden der Eurogruppe gesprochen haben<sup>5</sup>, sind in diese Mitteilung eingeflossen.

**Die derzeitige Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion ist von Grund auf komplex.** Im Vergleich zur Geldpolitik, die auf Ebene des Euro-Währungsgebiets vereinheitlicht und für die Bürgerinnen und Bürger deshalb gut erkennbar ist, liegt die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik im Wesentlichen in den Händen der Mitgliedstaaten; für die Koordinierung auf Ebene der EU und des Euro-Währungsgebiets sind viele unterschiedliche Akteure zuständig. Die einschlägigen Institutionen wurden im Laufe der Zeit in mehreren Phasen aufgebaut und sind eine Kombination aus Organen und Einrichtungen der EU und einigen zwischenstaatlichen Einrichtungen. Sie haben ihre eigenen Vorsitzenden oder Präsidenten, ihre eigenen Systeme zur Ablegung der Rechenschaftspflicht und arbeiten in unterschiedlichen Rechtsrahmen, die sich teilweise überschneiden. Dies hat zu komplizierten Entscheidungswegen geführt, die häufig Anlass zu Kritik gaben, da die Verfahren als nicht ausreichend verständlich und effizient wahrgenommen werden. Dies bedeutet auch, dass die politischen Maßnahmen und Instrumente der EU einen hohen Aufwand an Abstimmung zwischen den unterschiedlichen Akteuren erfordern, um optimale Kohärenz zu ermöglichen.

**Wie im Bericht der fünf Präsidenten hervorgehoben wurde, sind eine wirksame wirtschaftspolitische Steuerung und die weitere Stärkung der demokratischen Rechenschaftspflicht Grundvoraussetzungen für die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion.** Das Amt eines Europäischen Ministers für Wirtschaft und Finanzen wäre ein weiterer wichtiger Schritt in diese Richtung. Durch Verknüpfung bestehender Funktionen auf EU-Ebene und die Zusammenführung eng miteinander verknüpfter politischer Instrumente würde der Minister neue Synergien ermöglichen und dadurch die Kohärenz und Wirksamkeit der

---

<sup>1</sup> Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, Rede zur Lage der Union, 13. September 2017.

<sup>2</sup> COM(2017) 291 final, 31. Mai 2017.

<sup>3</sup> „Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden“, Bericht von Jean-Claude Juncker in enger Zusammenarbeit mit Donald Tusk, Jeroen Dijsselbloem, Mario Draghi und Martin Schulz, 22. Juni 2015.

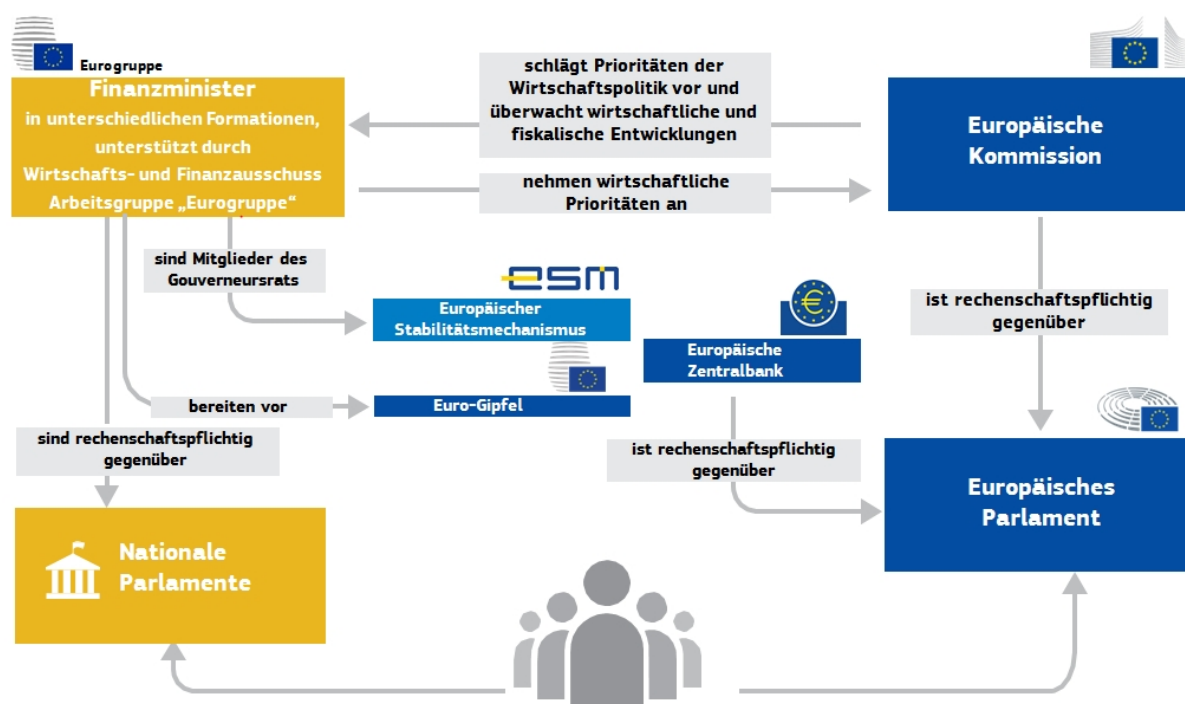
<sup>4</sup> Das Europäische Parlament forderte in seiner Entschließung vom 16. Februar 2017 zu möglichen Entwicklungen und Anpassungen der derzeitigen institutionellen Struktur der Europäischen Union, „dass die Exekutivbehörde [der Union] in Form eines EU-Finanzministers in der Kommission gebündelt wird.“

<sup>5</sup> Auf dem Euro-Gipfel vom 26. Oktober 2011 einigten sich die Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets auf zehn Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung im Euro-Währungsgebiet und vereinbarten, dass die Entscheidung darüber, ob der Präsident der Eurogruppe „aus dem Kreis der Mitglieder der Euro-Gruppe gewählt werden oder ein Vollzeit-Präsident mit Sitz in Brüssel sein sollte, [...] getroffen [wird], wenn das Mandat des derzeitigen Amtsinhabers endet“.

Wirtschaftspolitik der EU stärken. Als Akteur innerhalb des rechtlichen Rahmens der EU würde der Minister zudem die Transparenz der EU-Politik, die demokratische Rechenschaftspflicht gegenüber dem Europäischen Parlament und die Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden verbessern, ohne Einfluss auf nationale Befugnisse oder Fragen zu nehmen, die am besten auf nationaler Ebene geregelt werden.

**Die Kommission hat in den vergangenen Jahren die Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Kollegium immer weiter verbessert.** Unter der Juncker-Kommission wurde die Rolle der Vizepräsidenten, auch im Zusammenhang mit Fragen zum Euro, dem Europäischen Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik und dem sozialen Dialog, weiter gestärkt und noch mehr auf Koordinierung ausgerichtet. Dies ermöglicht eine ganzheitliche Sichtweise für ein breites Spektrum von Themen, die mehrere Ressorts und dafür zuständige Dienststellen betreffen.

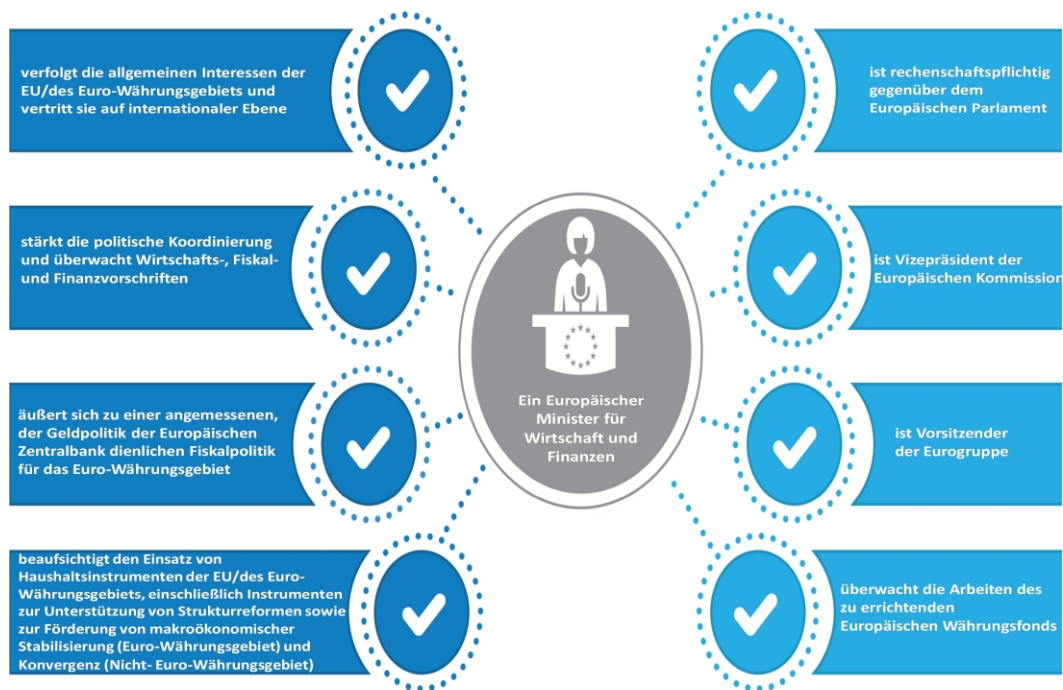
**Die derzeitige Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion ist komplex.**



Quelle: Europäische Kommission

**In dieser Mitteilung zeigt die Kommission, welche Rolle ein künftiger Europäischer Minister für Wirtschaft und Finanzen in der Governance-Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion spielen könnte.** In dieser Mitteilung werden die wichtigsten Funktionen eines Europäischen Ministers für Wirtschaft und Finanzen beschrieben; zudem wird dargelegt, in welchem institutionellen Rahmen er agieren würde, und ein möglicher Zeitplan für die Schaffung dieses neuen Amtes vorgeschlagen. Dabei wird insbesondere auf den Mehrwert eingegangen, der möglich wäre, wenn die Funktion des für die Wirtschafts- und Währungsunion zuständigen Vizepräsidenten der Kommission letztendlich mit dem Amt des Vorsitzenden der Eurogruppe zusammengelegt würde; dafür wäre keine Änderung der bestehenden Verträge erforderlich.

## Mögliche Zuständigkeiten des Europäischen Ministers für Wirtschaft und Finanzen nach Etablierung des Amtes



Quelle: Europäische Kommission

## 2. FUNKTIONEN EINES EUROPÄISCHEN MINISTERS FÜR WIRTSCHAFT UND FINANZEN: GEWÄHRLEISTUNG VON KOHÄRENZ UND EFFIZIENZ

Mögliche Schlüsselfunktionen, die ein Europäischer Minister für Wirtschaft und Finanzen letztlich wahrnehmen würde, sind nachstehend beschrieben. Die Zusammenführung dieser Funktionen würde die Gesamtkohärenz und die Effizienz der EU-Wirtschaftspolitik stärken.

*Verfolgung der allgemeinen wirtschaftlichen Interessen der EU und des Euro-Währungsgebiets und Vertretung dieser Interessen auf internationaler Ebene*

**Das gemeinsame Interesse der EU und des Euro-Währungsgebiets wird in der öffentlichen Diskussion und bei der Entscheidungsfindung in Europa noch immer nicht ausreichend gut vertreten.** Während die Geldpolitik auf Ebene des Euro-Währungsgebiets zentralisiert ist, kann bei der Haushalts- und Steuerpolitik oder den sektorbezogenen Politikbereichen davon noch nicht die Rede sein. Hier sind nationale Zuständigkeiten und Umstände maßgebend; gemeinsame Prioritäten spiegeln sich darin weder spontan noch zwingenderweise wider. Die Abgabe eine Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets im Rahmen des Europäischen Semesters hat die Koordinierung im Euro-Währungsgebiet in den vergangenen Jahren verbessert. Die Umsetzung hängt jedoch von der kollektiven Bereitschaft der Mitgliedstaaten ab; die Koordinierung der Politik erfordert eine permanente Lenkung und Überwachung auf EU-Ebene.

**Der Euro hat sich mittlerweile zu einer führenden Weltwährung entwickelt, hat jedoch noch lange nicht überall das gleiche Gewicht.** Der Euro ist seit seiner Einführung zur zweitwichtigsten Währung der Welt geworden. In internationalen Finanzinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfonds spricht das Euro-Währungsgebiet jedoch immer noch nicht mit einer Stimme. Die wirtschaftspolitische Außenvertretung der EU und des Euro-Währungsgebiets liegt derzeit nicht in einer Hand, sondern wird von unterschiedlichen Akteuren wahrgenommen; die Kommission, die

Europäische Zentralbank, der Vorsitzende der Eurogruppe und der Vorsitz des Rates der EU haben jeweils unterschiedliche eigene Rollen zu spielen. Dies führt oft dazu, dass das Euro-Währungsgebiet sein politisches und wirtschaftliches Gewicht in der Welt nicht immer voll in die Waagschale werfen kann.

**Ein Europäischer Wirtschafts- und Finanzminister könnte dazu beitragen, das allgemeine wirtschaftliche Interesse der Union und des Euro-Währungsgebiets sowohl innerhalb der EU als auch auf globaler Ebene besser zum Tragen zu bringen.** Mit dem Amt eines Ministers gäbe es auf Ebene der EU einen zentralen Gesprächspartner für Fragen der Wirtschafts-, Fiskal- und Finanzpolitik, an den sich die Organe und Einrichtungen der EU, die Mitgliedstaaten und die allgemeine Öffentlichkeit wenden könnten. Der Minister würde den Euro natürlich auch nach außen vertreten.<sup>6</sup>

*Stärkung der politischen Koordinierung und Beaufsichtigung der Wirtschafts-, Fiskal- und Finanzvorschriften*

**Die wirtschaftspolitische Koordinierung in der EU wurde im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise erheblich ausgebaut.** Das Europäische Semester wurde kontinuierlich verbessert, um Reformen und deren Umsetzung zu fördern. Der vor Kurzem eingerichtete Dienst der Kommission zur Unterstützung von Strukturreformen bietet den Mitgliedstaaten technische Unterstützung bei ihren Reformbemühungen. Ergänzend kommen weitere Initiativen auf EU-Ebene hinzu wie die Maßnahmen zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung sowie kürzlich die Ausrufung der „Europäischen Säule sozialer Rechte“. Die EU hat auch entscheidende Schritte in Richtung einer Kapitalmarktunion und der Vollendung der Bankenunion gemacht, die nun fortgesetzt werden müssen. Die Umsetzung der Reformen ist in den einzelnen Mitgliedstaaten jedoch unterschiedlich stark fortgeschritten. Hier wurden auch einige Chancen verstreichen gelassen, um die Koordinierung zu verbessern und voneinander zu lernen, und angesichts der sich wandelnden Umstände besteht ein ständiger Bedarf an einer besseren Abstimmung zwischen den Prioritäten der Mitgliedstaaten und denen der EU.

**Ein Europäischer Minister für Wirtschaft und Finanzen könnte dazu beitragen, die wirtschaftspolitische Koordinierung weiter zu stärken und ein kohärentes Handeln in den verschiedenen Politikbereichen sicherzustellen. Dabei würde auf den Arbeiten aufgebaut, die die Kommission zusammen mit den Mitgliedstaaten bereits geleistet hat.** Der Minister könnte sich in regelmäßigen bilateralen und multilateralen Gesprächen mit nationalen Behörden und dem Europäischen Parlament für die Koordinierung und Durchführung von Reformen in den Mitgliedstaaten einsetzen. Da Strukturreformen positive Spillover-Effekte haben können, bestünde ein weiterer Mehrwert darin, dass der Blick auf eine optimale Reformagenda für die EU und das Euro-Währungsgebiet gerichtet würde<sup>7</sup>.

*Eine angemessene, der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank dienliche Fiskalpolitik für das Euro-Währungsgebiet*

**Die Fiskalpolitik spielt zusammen mit der Geldpolitik eine wichtige Rolle für die makroökonomische Stabilisierung und dient gleichzeitig dem größeren Ziel tragfähiger**

---

<sup>6</sup> Siehe auch COM(2015) 602 final vom 21. Oktober 2015 über einen Fahrplan für die Schaffung einer kohärenteren Außenvertretung des Euro-Währungsgebiets in internationalen Foren und COM(2015) 603 final vom 21. Oktober 2015 über den Vorschlag der Kommission für einen Beschluss des Rates über Maßnahmen zur schrittweisen Einrichtung einer einheitlichen Vertretung des Euro-Währungsgebiets im Internationalen Währungsfonds.

<sup>7</sup> COM(2017) 825 und COM(2017) 826 vom 6. Dezember 2017.



**öffentlicher Finanzen und Umverteilungszielen<sup>8</sup>.**

Die Kommission liefert dem Rat regelmäßig Empfehlungen zur Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten und achtet dabei stets auf Nutzung der in den einschlägigen EU-Vorschriften vorgesehenen Flexibilität<sup>9</sup>. In den vergangenen Jahren haben die Kommission und der Rat den Schwerpunkt zudem stärker auf den gemeinsamen fiskalischen Kurs des Euro-Währungsgebiets sowie auf das allgemeine Interesse und die kollektive Verantwortung für das Euro-Währungsgebiet als Ganzes gelegt<sup>10</sup>. Ein angemessener gemeinsamer fiskalischer Kurs für das Euro-Währungsgebiet kann jedoch nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn die Mitgliedstaaten nicht nur für sich alleine, sondern auch kollektiv dazu bereit sind, diesen Weg zu beschreiten.

**Ein Europäischer Minister für Wirtschaft und Finanzen könnte helfen, eine angemessene Fiskalpolitik für das Euro-Währungsgebiet als Ganzes zu formulieren, und zu deren praktischer Umsetzung beitragen.** Als Mitglied der Kommission würde der Minister die Überwachung der Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten koordinieren, um tragfähige öffentliche Haushalte zu gewährleisten und dafür zu sorgen, dass die Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts gemäß der in den Vorschriften vorgesehenen wirtschaftlichen Auslegung angewandt werden. Im Rahmen dieser Aufgabe wäre auch zu prüfen, ob der fiskalische Kurs des Euro-Währungsgebiets angemessen ist, um ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen den fiskalischen Interessen der Mitgliedstaaten und einer für das Euro-Währungsgebiet als Ganzes optimalen Lösung zu finden. Hinzu kommt die Förderung einer guten Qualität und optimalen Zusammensetzung der öffentlichen Finanzen und eines guten Funktionierens der nationalen haushaltspolitischen Rahmen mit dem Ziel, die Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung zu maximieren. Der Minister würde sich dabei auf die Stellungnahmen des Europäischen Fiskalausschusses<sup>11</sup> stützen und wäre einer der wichtigsten Ansprechpartner der nationalen Finanzräte.

*Beaufsichtigung des Einsatzes von Haushaltsinstrumenten der EU und des Euro-Währungsgebiets, einschließlich Instrumenten zur Förderung von Reformen, makroökonomischer Stabilisierung und Konvergenz*

**Der EU-Haushalt und Haushaltsinstrumente der EU und des Euro-Währungsgebiets spielen bereits jetzt eine wichtige strategische Rolle zur Unterstützung von Mitgliedstaaten bei der Förderung von Konvergenz, langfristigem Wachstum, Investitionen und Finanzstabilität.** Aktuell fließt rund die Hälfte der EU-Finanzierungen über die fünf europäischen Struktur- und Investitionsfonds in konkrete Projekte. Im Laufe der Jahre wurde die Abstimmung zwischen diesen Fonds und den Prioritäten des Europäischen Semesters ständig verbessert, um gemeinsame politische

---

<sup>8</sup> Auch die Staats- und Regierungschefs der G20 haben in ihrer Erklärung vom 8. Juli 2017 die Notwendigkeit unterstrichen, die Fiskalpolitik – neben geld- und strukturpolitischen Maßnahmen – sowohl auf Ebene der einzelnen Länder als auch gemeinsam einzusetzen, um das Ziel eines starken, nachhaltigen, ausgewogenen und inklusiven Wachstums zu erreichen und die wirtschaftliche und finanzielle Stabilität zu verbessern.

<sup>9</sup> COM(2015) 12 final, 13. Januar 2015.

<sup>10</sup> Unter dem „fiskalischen Kurs“ wird in aller Regel die Ausrichtung verstanden, die die Regierungen ihrer Fiskalpolitik durch diskretionäre Steuer- und Ausgabenentscheidungen geben. Er bestimmt, welche Rolle die Fiskalpolitik im Konjunkturzyklus spielt. Bei guter Konzeption kann eine aktivere Fiskalpolitik – insbesondere im Zusammenspiel mit Reformen, Investitionsförderung und der Unterstützung durch eine künftige Funktion zur fiskalischen Stabilisierung – auf kurze Sicht zu einem schnelleren Rückgang der Arbeitslosigkeit, mittelfristig aber auch zur Steigerung des (Potenzial-) Wachstums im Euro-Währungsgebiet beitragen. Siehe auch COM(2016) 727 final, 16. November 2016.

<sup>11</sup> Der Ausschuss ist ein unabhängiges Gremium zur Beratung der Kommission in Fiskalangelegenheiten und soll für eine besser fundierte öffentliche Debatte und eine engere Koordinierung der nationalen Fiskalpolitik sorgen.

Prioritäten zu fördern. Die aus dem EU-Haushalt geförderten Maßnahmen werden durch eine Reihe von Werkzeugen und Einrichtungen der EU und des Euro-Währungsgebiets, wie z. B. die Europäische Investitionsbank und den Europäischen Stabilitätsmechanismus, ergänzt. Die Krise hat jedoch gezeigt, dass die Architektur und die Reichweite der öffentlichen Finanzen der EU die besonderen Bedürfnisse des Euro-Währungsgebiets noch nicht vollständig erfassen. Auch wenn die EU und das Euro-Währungsgebiet ihr Arsenal für die Kreditvergabe in den letzten Jahren ausgebaut haben, bleibt das Potenzial für die makroökonomische Stabilisierung und die Förderung von Konvergenz doch beschränkt<sup>12</sup>. Mit Blick auf die Zukunft schlägt die Kommission deshalb heute eine Reihe neuer Haushaltsinstrumente für ein stabiles Euro-Währungsgebiet innerhalb des Unionsrahmens vor<sup>13</sup>.

**Der europäische Minister für Wirtschaft und Finanzen würde den Einsatz einschlägiger Haushaltsinstrumente der EU und des Euro-Währungsgebiets koordinieren und deren Nutzen im Hinblick auf die Unterstützung gemeinsamer Prioritäten maximieren.** Der Minister würde in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Kommissionsmitgliedern und staatlichen Stellen aller Ebenen dafür sorgen, dass diese Instrumente kohärent und wirksam eingesetzt und bei ihrer Umsetzung Synergien erzielt werden. Eine besonders wichtige Aufgabe wäre in diesem Zusammenhang die Koordinierung der Arbeiten der Kommission im Rahmen der Investitionsoffensive für Europa<sup>14</sup>. In dieser Funktion wäre der Minister auch für die Beziehungen der Kommission zur Europäischen Investitionsbank zuständig.

### **3. INSTITUTIONELLE ASPEKTE: DEMOKRATISCHE RECHENSCHAFTSPFLICHT UND LEGITIMITÄT**

**Das neue Amt eines Europäischen Ministers für Wirtschaft und Finanzen kann zu einer weiteren Straffung des Governance-Rahmens der EU und zur Stärkung der europäischen Dimension der Wirtschaftspolitik beitragen.** Die angestrebte Doppelfunktion als Mitglied der Kommission und Vorsitzender der Eurogruppe ist bereits im Rahmen der geltenden Verträge möglich. Artikel 2 des den Verträgen beigefügten Protokolls (Nr. 14) betreffend die Eurogruppe lautet: *„Die Minister der Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, wählen mit der Mehrheit dieser Mitgliedstaaten einen Präsidenten für zweieinhalb Jahre.“*<sup>15</sup> Durch den Minister würde weder eine neue supranationale Bürokratie-Ebene geschaffen noch Einfluss auf nationale Befugnisse genommen. Vielmehr würden bestehende Funktionen und vorhandenes Fachwissen auf EU-Ebene kombiniert, sodass Synergien geschaffen werden und der Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung effizienter gemacht wird.

---

<sup>12</sup> Siehe auch Reflexionspapier der Kommission über die Zukunft der EU-Finanzen, COM(2017) 358, 28. Juni 2017.

<sup>13</sup> COM(2017) 822 final, 6. Dezember 2017.

<sup>14</sup> Die Investitionsoffensive für Europa wurde von der Kommission gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank ins Leben gerufen, um private Investitionen in die EU-Wirtschaft zu mobilisieren und Investitionshindernisse zu überwinden. Mit Investitionen in Höhe von 251 Mrd. EUR konnten bereits gute erste Ergebnisse erzielt werden.

<sup>15</sup> Die Minister der Eurogruppe müssten lediglich ihre Arbeitsmethoden anpassen, die informell mit einfacher Mehrheit vereinbart werden. Derzeit sehen diese vor, dass Kandidaten für das Amt des Vorsitzenden die Position eines nationalen Finanzministers innehaben müssen.

*Der Minister als Vizepäsident der Kommission*

**Angesichts der institutionellen Rolle der Kommission als Vertreterin des allgemeinen Interesses der EU könnte ein Vizepäsident der Kommission das Amt eines Europäischen Ministers für Wirtschaft und Finanzen übernehmen.**

Damit gäbe es eine konkrete Person, die mit einem klaren Mandat zur Vertretung der wirtschaftlichen und fiskalischen Interessen der gesamten EU und des Euro-Währungsgebiets ausgestattet ist und damit inner- und außerhalb der Kommission als zentraler Ansprechpartner fungieren könnte.

**Der Minister könnten die Arbeiten verschiedener Ressorts** und Dienststellen der Kommission lenken und **koordinieren**. Er würde die Kommission auf den Sitzungen des Rates der Europäischen Zentralbank vertreten, ohne jedoch stimmberechtigt zu sein, wie in Artikel 284 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union vorgesehen, und wäre auch für den sozialen Dialog auf EU-Ebene und die Interaktion mit den wichtigsten Interessenträgern zuständig.

*Der Minister als Vorsitzender der Eurogruppe*

**Der Europäische Minister für Wirtschaft und Finanzen könnte zum Vorsitzenden der Eurogruppe gewählt werden, um dort die Interessen des Euro-Währungsgebiets als Ganzes zu vertreten.** Bisher führt in der Eurogruppe der Finanzminister eines Mitgliedstaats des Euro-Währungsgebiets den Vorsitz. Als Vorsitzender der Eurogruppe würde der Minister die politische Gesamtrichtung und die Gesamtstrategie für das Euro-Währungsgebiet präsentieren und sich um einen einheitlichen Kurs bemühen, indem er nach Ausgleich strebt und versucht, die Standpunkte der nationalen Minister an die gemeinsamen Prioritäten des Euro-Währungsgebiets und der EU anzunähern. Der Minister würde auch für eine kohärente Vorbereitung der Euro-Gipfel sorgen.

#### ***Die Rolle der Eurogruppe und ihres Vorsitzenden im Laufe der Zeit***

*Die Eurogruppe ist ein informelles Gremium, in dem die Finanzminister der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets Fragen erörtern, die im Zusammenhang mit ihrer gemeinsamen Verantwortung für den Euro stehen. Ihre wichtigste Aufgabe besteht in einer engen Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets unter Wahrung der Befugnisse des Rates nach Artikel 121 AEUV.*

*Der Europäische Rat billigte die Einsetzung der Eurogruppe am 13. Dezember 1997<sup>16</sup>. In einer EntschlieÙung des Rates über die wirtschaftspolitische Koordinierung heißt es: „Die Minister der dem Euro-Währungsgebiet angehörenden Staaten können sich in informellem Rahmen treffen, um Fragen zu erörtern, die im Zusammenhang mit ihrer gemeinsam getragenen besonderen Verantwortung für die gemeinsame Währung stehen.“ Die Eurogruppe hielt ihre erste Sitzung am 4. Juni 1998 ab. In den ersten Jahren wurde der Vorsitz der Eurogruppe vom turnusmäßig wechselnden Vorsitz des Rates wahrgenommen, es sei denn, der Vorsitz lag bei einem Mitgliedstaat, der nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörte. In diesem Fall führte den Vorsitz das Land des Euro-Währungsgebiets, das als nächstes Land den Ratsvorsitz innehaben würde.*

*Am 10. September 2004 hat die Eurogruppe beschlossen, einen ständigen Vorsitzenden für einen Zeitraum von zwei Jahren zu ernennen. Bei einem informellen Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister in Scheveningen (Niederlande) wurde Jean-Claude Juncker zum ersten ständigen Vorsitzenden der Eurogruppe gewählt.*

*Das Protokoll (Nr. 14) betreffend die Eurogruppe trat mit dem Vertrag von Lissabon am 1. Dezember 2009 in Kraft. Darin ist festgelegt, dass die Minister der Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, sich zu*

<sup>16</sup> Europäischer Rat, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Luxemburg, 12. und 13. Dezember 1997.

*informellen Sitzungen treffen, um Fragen im Zusammenhang mit ihrer gemeinsamen Verantwortung im Zusammenhang mit der einheitlichen Währung zu sprechen, und mit einfacher Mehrheit der Stimmen einen Vorsitzenden für eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren wählen.*

*Seit Oktober 2008 finden regelmäßig Zusammenkünfte der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets statt. Auf ihrer Tagung vom 26. Oktober 2011 haben die Staats- und Regierungschefs vereinbart, dass die Entscheidung darüber, ob der Präsident der Eurogruppe „aus dem Kreis der Mitglieder der Euro-Gruppe gewählt werden oder ein Vollzeit-Präsident mit Sitz in Brüssel sein sollte, [...] getroffen [wird], wenn das Mandat des derzeitigen Amtsinhabers endet“. Ferner wurde vereinbart, dass die Arbeitsgruppe „Eurogruppe“ die Sitzungen der Eurogruppe mit fachlicher Unterstützung der Kommission vorbereitet. Darüber hinaus wurde beschlossen, dass die Arbeitsgruppe „Eurogruppe“ einen Vollzeit-Vorsitzenden mit Sitz in Brüssel haben würde, der grundsätzlich zum gleichen Zeitpunkt wie der Vorsitzende des Wirtschafts- und Finanzausschusses für einen Zeitraum von zwei Jahren gewählt wird, der verlängert werden kann.<sup>17</sup>*

**Die Eurogruppe könnte sich informell darauf verständigen, den Minister für die gesamte Dauer der Amtszeit der Kommission zu ihrem Vorsitzenden zu wählen.** Dies wäre mit den Aufgaben des Ministers als Mitglied der Kommission, das die allgemeinen Interessen der EU vertritt, vereinbar und würde keine Änderung des Vertrags erforderlich machen.<sup>18</sup>

**Der Europäische Minister würde bei der Vorbereitung von Sitzungen der Eurogruppe durch den ständigen Vorsitzenden des Wirtschafts- und Finanzausschusses/der Arbeitsgruppe „Eurogruppe“** und durch ein Sekretariat unterstützt, das auf alle verfügbaren Fachkenntnisse zurückgreifen kann, um sicherzustellen, dass keine zusätzlichen Strukturen geschaffen oder vorhandene Strukturen gedoppelt werden<sup>19</sup>.

*Der Minister überwacht die Arbeiten des Europäischen Währungsfonds*

**Der Vorsitzende der Eurogruppe führt gegenwärtig den Vorsitz im Gouverneursrat des Europäischen Stabilitätsmechanismus.** Letzterer wurde während der Krise auf zwischenstaatlicher Basis eingerichtet, um Mitgliedstaaten, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten, unterstützen zu können. Heute schlägt die Kommission vor, auf der Grundlage des Europäischen Stabilitätsmechanismus einen Europäischen Währungsfonds in den Rechtsrahmen der Union zu integrieren.<sup>20</sup>

<sup>17</sup> Im Mai 2013 präsentierten Frankreich und Deutschland ihren gemeinsamen Beitrag „Gemeinsam für ein gestärktes Europa der Stabilität und des Wachstums“, in dem sie vorschlugen, die Governance des Euro-Währungsgebiets „nach den nächsten europäischen Wahlen“ zu stärken. Weiter hieß es, dass dies „[...] einen Vollzeit-Präsidenten für die Eurogruppe“ einschließen könnte.

<sup>18</sup> Die Kommission nimmt – wie in dem den Verträgen beigefügten Protokoll (Nr. 14) vorgesehen – an den Arbeiten der Eurogruppe teil. Gemäß Artikel 17 Absatz 1 EUV fördert die Kommission die allgemeinen Interessen der Union, und sie tut dies in all ihren Tätigkeiten. Das heißt, laut Primärrecht der Union gibt es keine Unvereinbarkeit zwischen den Aufgaben eines Kommissionsmitglieds und der Beteiligung an den Arbeiten der Eurogruppe.

<sup>19</sup> Die Arbeit der Eurogruppe wird durch die Arbeitsgruppe „Eurogruppe“ vorbereitet. Die Arbeitsgruppe und der Wirtschafts- und Finanzausschuss haben seit 2012 einen ständigen Vorsitzenden. Diese arbeiten in den Räumlichkeiten des Rates und werden durch ein Sekretariat unterstützt, dessen Personal zum Großteil die Kommission zur Verfügung stellt und das auch hauptsächlich dort angesiedelt ist. Diese organisatorische Struktur hat Synergien ermöglicht und sich als effizient erwiesen, könnte durch Schaffung des Amtes eines Europäischen Ministers für Wirtschaft und Finanzen jedoch weiterentwickelt werden.

<sup>20</sup> COM(2017) 827 final, 6. Dezember 2017.

**Als Vorsitzender der Eurogruppe würde der Minister auch den Vorsitz im Gouverneursrat des Europäischen Währungsfonds führen.** Der Minister würde dabei eine neutrale Rolle spielen und den Interessen der Anteilseigner des Europäischen Währungsfonds in ausgewogener Weise Rechnung tragen.

*Rechenschaftspflicht gegenüber dem Europäischen Parlament*

**Die Kommission ist gegenüber dem Europäischen Parlament rechenschaftspflichtig.** Mitglieder der Kommission arbeiten auch in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen über die durch den „Sechser-“ und den „Zweierpack“<sup>21</sup> eingeführten Wirtschaftsdialoge aktiv mit dem Europäischen Parlament zusammen. Die Eurogruppe und der Europäische Stabilitätsmechanismus kooperieren mit dem Europäischen Parlament auf freiwilliger Basis.

**Der Minister wäre dem Europäischen Parlament gegenüber in allen Fragen, die im Zusammenhang mit seinen Aufgaben stehen, rechenschaftspflichtig und stünde auch für Gespräche mit den nationalen Parlamenten zur Verfügung.** Als Mitglied des Kollegiums der Kommissionsmitglieder würde sich der Minister einer Anhörung durch das Europäische Parlament stellen. Nach einem Zustimmungsvotum würde er dann zum Mitglied des Kollegiums der Kommissare ernannt.

Der Minister würde auch danach weiterhin regelmäßige Gespräche mit dem Europäischen Parlament und nationalen Parlamenten führen. Zudem könnten die nationalen Parlamente den Minister im Einklang mit den bestehenden Verfahren für die Prüfung der Haushaltsplanungen der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets darum ersuchen, ihnen die Stellungnahme der Kommission zur jeweiligen Haushaltsplanung darzulegen.

#### **4. SCHLUSSFOLGERUNGEN**

Nach Auffassung der Kommission wäre das Amt eines Europäischen Ministers für Wirtschaft und Finanzen ein wichtiger institutioneller Schritt in Richtung einer kohärenteren, wirksameren und verantwortungsbewussteren wirtschaftspolitischen Steuerung der Europäischen Union.

Sie fordert das Europäische Parlament, den Rat und die Mitgliedstaaten dazu auf, über die Vorstellungen, die in dieser Mitteilung zum Ausdruck gebracht werden, nachzudenken, um vor dem Hintergrund der Gespräche über die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, die auf der Agenda der Staats- und Regierungschefs stehen, auf eine gemeinsame Sichtweise hinzuarbeiten.

Im Rahmen der bestehenden Verträge könnte ein solches Amt in mehreren Schritten gemäß folgendem Zeitplan eingeführt werden:

- Die Funktion des Ministers als Vizepräsident der Kommission könnte im Zuge der Ernennung der nächsten Kommission ab November 2019 festgelegt werden.
- Die Eurogruppe könnte beschließen, den Minister für zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten zu ihrem Vorsitzenden zu wählen und damit seine Amtszeit auf die der Kommission abzustimmen.

---

<sup>21</sup> Verordnungen (EU) Nr. 1173/2011, 1174/2011, 1175/2011, 1176/2011, 1177/2011, 472/2013 und 473/2013.